



Inhalt	Seite
GI Leitsätze	76
Versteuerung der Schadenersatzleistung	77
– Vorteilsausgleichung (BGH Ur.t.v. 9.12.1987 – IVa ZR 204/86)	
Haftung des Steuerberaters	79
– Steuerberatungsvertrag mit OHG – grob leichtfertige Anlageberatung, § 826 BGB (BGH Ur.t.v. 7.10.1987 – IVa ZR 67/86)	
Honoraranspruch des Steuerberaters	83
– Buchführungsauftrag – Zeitgebühr für Abschlußvorarbeiten, § 35 Abs. 3 StBGebVO – Anmerkung (OLG Düsseldorf Ur.t.v. 10.3.1988 – 18 U 174/87)	
Haftung des Notars	86
(OLG Bremen Ur.t.v. 10.11.1987 – 1 U 56/87)	
Haftung des Rechtsanwalts	89
– Umfang der Beratungspflichten – Belehrungsbedürftigkeit des Mandanten (OLG Oldenburg Ur.t.v. 27.4.1987 – 3 U 119/86)	
Haftung des Steuerberaters	90
– Wertverlust einer Eigentumswohnung (LG Detmold Ur.t.v. 25.2.1988 – 3 O 215/87)	
GI Hinweise	91

GI Leitsätze

Auftrag zur Bilanzerstellung kein Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter

Der Steuerberatungsvertrag über die Erstellung einer Bilanz hat keine Schutzwirkung zugunsten der Konkursgläubiger des Mandanten. Der Steuerberater hat dessen Interessen wahrzunehmen. Es liegt nicht im Sinne des Mandanten, ihn auch den gegenläufigen Interessen der Gläubiger zu verpflichten.

(BGH Ur. v. 18. 2. 1987 – IVa ZR 232/85, VersR 1988, 178 = GmbHR 1987, 463 = EWiR § 64 GmbHG 2/87 (Welf Müller))

Anmerkung: Der für die Steuerberaterhaftung zuständige IVa-Senat weist ausdrücklich darauf hin, daß sein Ur. v. 26. 11. 1986 – IVa ZR 86/85 – GI 1987, 27 = WM 1987, 257 = EWiR § 826 BGB 2/87, 59 (Gräfe) einen Ausnahmefall betraf.

Kostenerstattung für Privatgutachten im Haftpflichtprozeß

Die Kosten eines Privatgutachtens sind nur in Ausnahmefälle erstattungsfähig. § 91 ZPO (Grundsatz und Umfang der Kostenpflicht) ist vom Gebot zur sparsamen Prozeßführung geprägt.

(OLG Stuttgart Beschl. v. 27. 5. 1987 – 8 W 134/87, StB 1988, 20)

Anmerkung: In dem Beschluß des OLG Stuttgart hatte der Regreßkläger während des Prozesses einen Privatgutachter herangezogen. Der Streitstoff war in einem Betriebsprüfungsbericht ausführlich dargestellt worden und ein vom Gericht beigezogener Sachverständiger hatte ein umfangreiches schriftliches Gutachten erstellt. Das OLG Stuttgart sah es als notwendig an, daß ein Privatgutachten, welches zur Überprüfung, Erschütterung oder Widerlegung des gerichtlichen Sachverständigen vorgelegt wird, die Entscheidung des Gerichts beeinflussen muß. Etwas anderes dürfte für Kosten gelten, die der geschädigte Mandant zur Vorbereitung eines Prozesses durch Hinzuziehung eines anderen Steuerberaters aufwenden muß. So: OLG Schleswig GI 1987, 155; OLG Köln GI 27/85.

Anlageberatung des Rechtsanwalts

Keine Verpflichtung eines Rechtsanwalts, der lediglich als Vertreter des Anlegers beim Abschluß des Vertrages über den Erwerb einer Eigentumswohnung im Erwerbermodell tätig wird, dessen Vermögensinteressen wahrzunehmen bzw. ihn von der Vornahme riskanter Geschäfte abzuhalten.

Kein Schadenersatzanspruch des Anlegers wegen fehlender Aufklärung über den niedrigen Verkehrswert der Wohnung.

(LG Düsseldorf Ur. v. 21. 12. 1987 – 1 O 132/87, STEUER-TELEX 1016)

Versteuerung der Schadenersatzleistung

– Vorteilsausgleichung

(BGH Urt.v. 9.12.1987 – IVa ZR 204/86, WM 1988, 220)

Leitsatz (amtl.):

Zur Frage, ob auf den Schadenersatzanspruch wegen falscher Beratung und wegen Verhandlungverschuldens bei der Beteiligung an einer Abschreibungsgesellschaft zugeflossene Steuervorteile im Wege der Vorteilsausgleichung anzurechnen sind.

Leitsatz (d. Verf.):

1. Die Schadenersatzleistung wegen einer verlorenen KG-Beteiligung ist eine Betriebseinnahme gem. § 4 EStG.
2. Nur in Ausnahmefälle ist ein außergewöhnlicher Steuervorteil billigerweise anzurechnen. Ein Steuervorteil von DM 18.000,- ist bei einer verlorenen KG-Einlage von DM 60.000,- nicht außergewöhnlich.

Aus den Gründen:

1. Die Frage nach der Anrechnung von Steuervorteilen im Wege der Vorteilsausgleichung (BGHZ 53, 132 = WM 1970, 389) wird vom Bundesgerichtshof bei Schadenersatzleistungen für den Verlust einer Beteiligung an einer sogenannten Abschreibungsgesellschaft typisierend entschieden (VII. Zivilsenat grundlegend für eine Beteiligung an der KG, um die es auch im vorliegenden Fall geht, BGHZ 74, 103 [114 f.] = WM 1979, 530; vgl. weiter II. Zivilsenat BGHZ 79, 337 [347] = WM 1981, 483 und 84, 141 [148] = WM 1982, 758; VI. Zivilsenat, Urt. v. 26. 2. 1980 = VersR 1980, 529 und 24. 9. 1985 = VersR 1986, 162 = LM BGB § 249 H d Nr. 27 bzw. C a Nr. 12; erkennender Senat Urt. v. 27. 6. 1984 = WM 1984, 1075 = NJW 1984, 2524 und 12. 2. 1986 = WM 1986, 517 = ZIP 1986, 562).

Die genannte grundlegende Entscheidung hat das Berufungsgericht zwar gesehen. Es meint jedoch, der dem Kläger verbleibenden Steuerersparnis stehe entgegen der Ansicht des Bundesgerichtshofes ein Nachteil nicht gegenüber. Der Schadenersatzanspruch richte sich nicht gegen den, bei dem das Kapital angelegt sei, sondern gegen

einen Dritten. Das bedeute, daß die Schadenersatzleistung für den Kläger keine Betriebseinnahme darstelle, weil bei einem Anspruch gegen einen Dritten der für die Zuordnung zum gewerblichen Betrieb erforderliche wirtschaftliche Zusammenhang mit der Beteiligung des Klägers an der KG fehle. Diese Ansicht verkennt die hier maßgeblichen steuerrechtlichen Zusammenhänge. Der Steuerersparnis für den Kläger von 18.000,- DM steht danach als Nachteil gegenüber, daß der Kläger die Schadenersatzleistung des Beklagten versteuern muß. Gerade die vom Berufungsgericht herangezogene Entscheidung des Bundesfinanzhofes (BFHE 121, 57 = BStBl II 1977, 220 = DB 1977, 567; zustimmend dazu BMF DB 1978, 1717) bestätigt dessen frühere Rechtsprechung (BFHE 104, 134 = BStBl II 1972, 296), wonach auch **Schadenersatzansprüche gegen einen Dritten, nämlich gegen einen Berater wegen Verletzung von Beratungspflichten, mit der Betriebstätigkeit in Zusammenhang stehen, also betrieblich veranlaßt sind**. Sie unterliegen deshalb der Besteuerung wie die gemäß § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG zu versteuernde Betriebseinnahme (vgl. auch die Entscheidungen des Großen Senats BFHE 124, 43 und 132, 244 [255 f], wonach eine Schadenersatzverpflichtung aus betrieblicher Ursache Betriebsausgabe ist – dazu Maas in Klein/Flockermann/Kühr, EStG, 3. Aufl., § 4 Rdn. 405 – und wonach der Wegfall eines negativen Kapitalkontos steuerpflichtiger Gewinn ist). Als Betriebseinnahmen werden in Anlehnung an den durch § 4 Abs. 4 EStG definierten Begriff der Betriebsausgaben alle betrieblich veranlaßten Wertzugänge zum Betriebsvermögen angesehen, die nicht Einlagen im Sinne von § 4 Abs. 1 Satz 3 EStG sind. Auch das Berufungsgericht erkennt an, daß für einen steuerrechtlichen Mitunternehmer wie den Kläger alle Zahlungen Betriebseinnahmen sind, die er im Zusammenhang mit seiner Beteiligung an der KG erhält. Durch eben dieses gewerbliche Engagement in Form der Beteiligung ist aber gerade auch die Schadenersatzleistung veranlaßt, nämlich verursacht. **Wenn Verluste sich steuerrechtlich einkommensmindernd ausgewirkt haben, dann müssen die diese Verluste ausgleichenden Einnahmen steuerrechtlich einkommenserhöhend wirken**. Dementsprechend steht auch die völlig herrschende Auffassung in der Literatur der Ansicht des Berufungsgerichts entgegen (z. B. Herrmann/Heuer/Raupach, EStG, § 2 Rdn. 39 g und § 4 Rdn. 46 u jeweils unter dem Stichwort „Schadenersatz“; Piltz, BB 1979, 1336 [1337]; Knobbe-Keuk in 25 Jahre Karlsruher Forum zu VersR, 1983, Beilage 134 ff; Trüter, DB 1986, 269 [270]; Steinle, Schadenersatz- und Ertragsteuerrecht, Diss. Tübingen 1982, S. 29 ff; Dittmayer, Das Zusammenspiel von Steuerrecht und Schadensrecht bei der Erwerbsschadenberechnung, Diss. Bremen 1987 S. 150 f; a.A. soweit ersichtlich nur v. Linstow, NJW 1980, 424 [426], dagegen mit Recht Steinle, DStR 1981, 336 [367]).

Aus dem Parteivortrag ist nicht dafür ersichtlich, daß ein ganz besonderer Ausnahmefall vorliegt, in welchem abweichend von der Regel der Vorteilsausgleichung ein außergewöhnlicher Steuervorteil billigerweise anzurechnen ist (dazu Senatsurteil v. 12. 2. 1986 aaO unter VI.). Entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts braucht der Kläger sich also die erlangten Steuervorteile in Höhe von unstreitig 18.000,- DM nicht anrechnen zu lassen.

2. Das Berufungsgericht hat dem Kläger lediglich 4% **Verzugszinsen** zugesprochen. Einen höheren Anspruch habe er nicht dargetan. Bei unterlassener Beteiligung hätte er wegen der dann nicht gegebenen hohen Verlustzuweisungen wesentlich höhere Steuern zahlen müssen. Er habe nicht behauptet, in diesem Fall noch Geld zur anderweitigen Kapitalanlage zur Verfügung gehabt zu haben. Der Kläger hat mit seiner Anschlußberufung unbestritten dargelegt, er würde, wenn der Beklagte ihn nicht pflichtwidrig zur Beteiligung an der KG veranlaßt hatte, das eingeklagte **Kapital als Sparguthaben** mit jährlicher Kündigungsfrist und Zinsansammlung bei einem **Durchschnittszinssatz von 5 % angelegt** haben. Wegen der Verzinsung auch der Zinserträge sei der Zinssatz jährlich fortzuschreiben (5,25 % für das zweite Jahr usw.). Mit diesem Vortrag hat der Kläger einen entsprechenden Zinsschaden ausreichend dargetan, §§ 252 BGB, 287 ZPO (Senatsurteil v. 9. 4. 1981 = WM 1981, 777 = NJW 1981, 1732; BGHZ 100, 36 [49 f.] = WM 1987, 434).

Haftung des Steuerberaters

- Steuerberatungsvertrag mit OHG
 - grob leichtfertige Anlageberatung, § 826 BGB
- (BGH Urt. v. 7. 10. 1987 – IVa ZR 67/86, WM 1987, 1557)

Leitsatz (amtl.):

Zur Frage, mit wem ein steuerlicher Berater, der die Erklärung zur gemeinsamen Feststellung der Einkünfte aus einer OHG anfertigt, in vertraglichen Beziehungen steht.

Leitsätze (d. Verf.):

Fertigt der Steuerberater die Erklärungen zur gesonderten Feststellung der Einkünfte der OHG an, erledigt er die steuerlichen Angelegenheiten der Gesellschafter, nicht die der OHG.

Eine Beratung über steuersparende Kapitalanlagen beruht hinsichtlich der in den kommenden Jahren zu erwartenden Einkommenssteuer auf einer Schätzung bzw. Prognose. Eine zuverlässige und genaue Voraussage über die Einkommensentwicklung in den kommenden Jahren kann vom Steuerberater nicht erwartet werden. Aber auch Prognosen müssen auf einer realistischen Grundlage beruhen.

Zum Sachverhalt:

Die Kläger sind Gesellschafter der Fa. F. S. und V.-OHG, deren steuerliche Angelegenheiten der beklagte Steuerbevollmächtigte erledigte. Im Oktober 1978 kam es zwischen den Parteien zu Gesprächen über steuerlich günstige Kapitalanlagen. Am 31.10.1978 unterzeichneten die Kläger „Beitrittserklärungen“. Im Laufe des Jahres 1980 kam es zu weiteren Zeichnungen. Die Kläger halten die von ihnen getroffene Anlageentscheidung für falsch. Sie gehen davon aus, daß das von ihnen investierte Kapital verloren ist. Hierfür machen sie den Beklagten verantwortlich, der sie vorsätzlich, zumindest aber fahrlässig falsch beraten habe. Sie verlangen von ihm Schadenersatz in Höhe ihrer Einlagen abzügl. der erhaltenen Ausschüttungen und der von ihnen durch die Anlage erzielten Steuerersparnis.

Aus den Gründen:

Das Berufungsgericht meint, einen vertraglichen Schadenersatzanspruch könnten die Kläger schon deshalb nicht geltend machen, weil zwischen ihnen und dem Beklagten keine vertraglichen Beziehungen bestanden hätten; denn unstreitig sei der Beklagte nur der „Steuerberater“ der OHG, nicht aber der „persönliche Steuerberater“ der Kläger gewesen ...

Hierauf kommt es jedoch nicht entscheidend an. Die Offene Handelsgesellschaft ist keine juristische Person. Träger der im Namen der Gesellschaft begründeten Rechte und Pflichten ist deshalb nicht ein von den Gesellschaftern verschiedenes Rechtssubjekt; dies sind vielmehr die gesamthänderisch verbundenen Gesellschafter (BGHZ 34, 293, 296 = WM 1961, 430). Auch dann, **wenn eine Offene Handelsgesellschaft einen Steuerberater oder Steuerbevollmächtigten mit der Erledigung gesellschaftseigener steuerlicher Angelegenheiten beauftragt, kommt ein Vertragsverhältnis zwischen dem Beauftragten und sämtlichen Gesellschaftern zustanden.** Im übrigen handelte es sich hier noch nicht einmal um eigene steuerliche Angelegenheiten der Gesellschaft. Eine Offene Handelsgesellschaft ist weder einkommen- noch körperschaftsteuerpflichtig und daher auch nicht zur Abgabe von Einkommen- oder Körperschaftsteuererklärungen verpflichtet. Vielmehr haben die Gesellschafter ihren Gewinnanteil als eigene Einkünfte aus Gewerbebetrieb zu ver-

steuern. Allerdings werden die Einkünfte aus der Beteiligung an einer Offenen Handelsgesellschaft für alle Gesellschafter einheitlich durch einen sogenannten Grundlagenbescheid festgestellt (§§ 179 ff AO 1977). Dies ist jedoch keine Besonderheit der Offenen Handelsgesellschaft; eine einheitliche Feststellung findet vielmehr in der Regel immer dann statt, wenn „an Einkünften mehrere Personen beteiligt sind und die Einkünfte diesen Personen steuerlich zuzurechnen sind“ (§ 180 Abs. 1 Nr. 2 a AO 1977). Die Feststellung der Besteuerungsgrundlagen richtet sich auch nicht etwa gegen die OHG als solche, sondern gegen die einzelnen Gesellschafter (§ 179 Abs. 2 Satz 1 AO 1977); diese – und nur diese – sind in dem Verfahren der gemeinsamen Feststellung Beteiligte (§ 78 Nr. 2 AO). Aus diesem Grunde ist auch die Steuererklärung, die die Grundlage für die gemeinsame Feststellung bildet, von den Personen abzugeben, „denen der Gegenstand der Feststellung zuzurechnen ist“ (§ 181 Abs. 2 Satz 1 AO). Soweit der Beklagte Erklärungen zu gesonderten Feststellungen der Einkünfte aus der OHG angefertigt hat, hat er deshalb die steuerlichen Angelegenheiten der Kläger, nicht etwa die der OHG als solcher, erledigt. Im übrigen kann selbst **bei einer Kapitalgesellschaft unter gewissen Voraussetzungen anzunehmen sein, daß die Gesellschafter in den Schutzbereich des allein von der Gesellschaft abgeschlossenen Steuerberatungsvertrages einbezogen sind** (Senatsurteil vom 29. 9. 1982 = WM 1983, 35 unter Ziffer II 1 = NJW 1983, 1053, 1054). ...

Auch den von den Klägern hilfsweise geltend gemachten **Anspruch aus unerlaubter Handlung** hat das Berufungsgericht mit einer unzulänglichen Begründung abgelehnt. Es führt dazu aus: Ein Anspruch nach § 823 Abs. 2 BGB i.V. mit § 263 StGB komme nicht in Betracht, weil es an einer Darlegung von Täuschungshandlungen fehle. Bei den behaupteten Angaben des Beklagten handele es sich um gänzlich allgemein gehaltene Anpreisungen ohne greifbaren Tatsachengehalt. Auch bezüglich der zu erwartenden Einkommensteuer habe ersichtlich „eine Schätzung bzw. Prognose“ vorgelegen, aber keine Täuschung über Tatsachen. Für einen Anspruch aus § 826 BGB fehle es an „der Darlegung, welche unrichtigen Tatsachen durch den Beklagten behauptet worden sein sollen“: es sei auch nicht ersichtlich, daß der Beklagte leichtfertig und gewissenlos gehandelt habe. Mit diesen – außerordentlich knapp gehaltenen – Ausführungen wird das Berufungsgericht dem umfangreichen Sachvortrag der Kläger nicht gerecht.

Nach deren Sachdarstellung hat der Beklagte den Klägern erklärt, die von ihm vorgeschlagene Vermögensanlage sei erforderlich, damit die Kläger im Jahre 1978 nicht von der Einkommensteuerlast erdrückt würden. Die Bedenken der Kläger, die sich insbesondere auf die lange Laufzeit der

Beteiligung und die Ungewißheit der eigenen zukünftigen finanziellen Entwicklung gründeten, seien von ihm, dem Beklagten, bereits bei der Vorprüfung des Objekts berücksichtigt und für unbegründet befunden worden. Die finanziellen Belange der Kläger könnten durch eine Beteiligung nicht beeinträchtigt werden, da sich das Projekt bereits in wenigen Jahren von selbst tragen werde. Die von dem Mitarbeiter der Vertriebsfirma, dem ursprünglichen Mitbeklagten zu 2, aufgestellte Behauptung, daß das 7- bis 12fache des eingezahlten Geldbetrages, mindestens aber das 4- bis 6fache an Rückflüssen zu erwarten sei, habe der Beklagte ausdrücklich als zutreffend bestätigt. Er habe bemerkt, daß die Kläger aus diesen Gründen ohne Bedenken zur Abdeckung des einzugehenden Engagements Gelder berücksichtigen könnten, die zunächst noch nicht verfügbar seien. Diese Behauptungen sind zwar vom Beklagten bestritten, von den Vorinstanzen jedoch nicht tatrichterlich geprüft worden; sie müssen daher im Revisionsrechtszug zugunsten der Kläger als richtig unterstellt werden. Nach der Sachdarstellung der Kläger bestand jedoch unter steuerrechtlichen Gesichtspunkten für sie kein Grund, sich an einer solchen steuersparenden Vermögensanlage zu beteiligen. **Die Steuervorteile, die sich durch die Beteiligung an einer Abschreibungsgesellschaft ergeben, hängen weitgehend von der Progressionsstufe ab, in der sich der Interessent befindet.** Die von der Anlagegesellschaft herausgegebenen Berechnungen über die durch die Anlage erzielten Steuervorteile beruhen demgemäß auch auf einem Marginalsteuersatz von 50 %. Mit einer solchen starken steuerlichen Belastung war jedoch bei den Klägern nach ihrem Vortrag vor allem deshalb nicht zu rechnen, weil sie sich bereits auf Anraten des Beklagten an anderen steuerbegünstigten Vermögensanlagen beteiligt hatten. Wenn der Beklagte unter diesen Umständen den Klägern erklärt haben sollte, sie müßten eine weitere steuerbegünstigte Vermögensanlage vornehmen, um nicht in den kommenden Jahren von der Einkommensteuerlast erdrückt zu werden, dann liegt die Annahme eines vorsätzlichen, zumindest aber eines grob leichtfertigen Verhaltens (§ 826 BGB, vgl. BGZ 10, 228, 233) nahe. Diese Erwägung kann man nicht, wie es im Berufungsurteil geschieht, mit der Bemerkung außer acht lassen, daß bezüglich der zu erwartenden Einkommensteuer „ersichtlich eine Schätzung bzw. Prognose“ vorgelegen habe. Sicherlich konnten die Kläger von dem **Beklagten nicht erwarten, daß er die Einkommenentwicklung in den kommenden Jahren und die daraus entstehende steuerliche Belastung zuverlässig und genau voraussagen werden.** Aber auch **Prognosen müssen auf einer realistischen Grundlage beruhen.** Dem Beklagten war als steuerlichem Berater der Kläger die bisherige wirtschaftliche Entwicklung des von ihnen betriebenen Unternehmens und die von ihnen bisher getätigten steuerbegünstigten Vermögensanlagen bekannt; er konnte daher

abschätzen, ob damit zu rechnen war, daß die Kläger in den kommenden Jahren in eine Progressionsstufe geraten würden, in der die Beteiligung an weiteren steuerbegünstigten Vermögensanlagen sinnvoll war. Daß etwa die geschäftliche Entwicklung der OHG nach dem Beratungsgespräch einen unerwarteten Verlauf genommen hätte, durch den die vom Beklagten gestellte Prognose ihre Grundlage verloren hätte, wird von keiner Seite behauptet.

Auch die weitere Erwägung des Berufungsgerichts, bei den behaupteten Angaben des Beklagten (über den bei der Beteiligung an der Vermögensanlage zu erwartenden Gewinn) handle es sich um „**gänzlich allgemein gehaltene Anpreisungen ohne greifbaren Tatsachengehalt**“, enthält eine unzulängliche Würdigung des Parteivortrags. Wenn der Beklagte den Klägern erklärte, er habe die Vermögensanlage **geprüft** und wenn er aufgrund dieser Prüfung den Klägern **versicherte**, es sei mit einem Rückfluß des 7- bis 12fachen, **mindestens** aber des 4- bis 6fachen der Anlage zu rechnen, dann mußte dies den Klägern als eine auf sorgfältiger Tatsachenermittlung beruhende sachverständige Würdigung und nicht als eine bloße Anpreisung ohne greifbaren Tatsachengehalt erscheinen. Daß dem Beklagten damals Tatsachen bekannt waren, die eine derartige optimistische Prognose der Entwicklung des Fonds rechtfertigen konnten, behauptet er selbst nicht.

Honoraranspruch des Steuerberaters

- Buchführungsauftrag
- Zeitgebühr für Abschlußvorarbeiten, § 35 Abs. 3 StBGebVO
- Anmerkung

(OLG Düsseldorf Ur. v. 10. 3. 1988 – 18 U 174/87)

Leitsätze:

1. Ist der Steuerberater zur Buchführung und zur Aufstellung des Jahresabschlusses verpflichtet, so kann er in aller Regel neben Wertgebühren für diese Leistungen keine Zeitgebühr für „sonstige Abschlußvorarbeiten bis zur abgestimmten Saldenbilanz“ verlangen. Erschwernissen bei der Buchführung ist allein durch Bestimmung einer im oberen Teil des Rahmens liegenden Gebühr für die Buchführung Rechnung zu tragen.

2. Ist in einem solchen Falle rechtskräftig entschieden, daß der Steuerberater für die Buchführung nur die Mittelgebühr fordern kann, so ist dies kein Grund dafür, ausnahmsweise die zusätzliche Berechnung einer Zeitgebühr für sonstige Abschlußvorarbeiten zuzulassen.

Aus den Gründen:

Nach § 35 Abs. 3 StBGebVO erhält der Steuerberater die Zeitgebühr u. a. für sonstige Abschlußarbeiten bis zur abgestimmten Saldenbilanz. Im vorliegenden Fall ist zu berücksichtigen, daß die Klägerin – unstreitig – mit der Erstellung der Buchführung beauftragt war. Leistungsergebnis dieses Tätigkeitsbereiches ist die abschnittsweise Überlassung der „Buchführung“ an den Auftraggeber, abgestimmt in Form von Sachkonten und Personenkonten sowie der Summen- und Saldenlisten (Eckert/Böttcher, StBGebVO, § 33, Rdn. 2). **Die Buchführungsleistungen enden mit der abgestimmten Saldenbilanz**, deren Weiterbearbeitung in den Rahmen der Abschlußerstellung fällt (Lauth in: Bonner Handbuch der Steuerberatung, § 33 StBGebVO Rdn. E 3348). Soweit die Klägerin für die angeblich von ihr zu erstellende Bilanz per 31. 12. 1984 – für einen solchen Auftrag spricht der Inhalt des Schreibens der Beklagten vom 12. 6. 1985, fälschlich datiert auf den 12. 7. 1985 – **Vorarbeiten in Form der Abstimmung der Kreditoren – und Debitorenkonten** vorzunehmen hatte, gehört dieser Tätigkeitsbereich bei einem Steuerberater, der **auch** mit der Buchführung beauftragt ist, zu den Leistungen, die mit den Gebühren nach § 33 Abs. 1, Abs. 3 oder Abs. 4 StBGebVO abgegolten sind (Eckert/Böttcher, aaO, Rdn. 5; siehe auch dieselben, § 35 StBGebVO Rdn. 2 a, Rdn. 3). Für eine Anwendung des § 35 Abs. 3 StBGebVO ist dann kein Raum.

Die von der Klägerin angeblich erbrachten Leistungen, die zu **Nachbuchungen** führten, betreffen Buchführungstätigkeit nach § 33 StBGebVO. Nachbuchungen sind nachgeholte Buchungen, die im laufenden Buchungsstoff des Jahres nicht enthalten waren, diesem sachlich aber zuzuordnen sind (Lauth, aaO, Rdn. E 3349, auch zur gebührenrechtlichen Behandlung). Die von der Klägerin vorgenommenen **Nachbuchungen dienten dann dazu, die Buchführung für 1984 erst abzuschließen**, da nach Darstellung der Klägerin die Beklagte der Klägerin die Unterlagen „höchst unvollständig“ zur Verfügung gestellt hatte und diese erst beschafft werden mußten. In die gleiche Richtung deutet das Vorbringen der Klägerin im Verfahren 3 O 152/85 Landgericht Krefeld hin. Die Klägerin hat in jenem Verfahren mit Schriftsatz vom 15. 9. 1986 geltend gemacht, angesichts einer Vielzahl fehlender Buchungsunterlagen der Beklagten seien im „Geschäftsjahr 1984“ drei Nachbuchungsläufe erforderlich gewesen. Insbesondere die Verbindung der Nachbuchungen mit dem

„Geschäftsjahr 1984“ macht deutlich, daß die von der Klägerin vorgenommenen Nachbuchungen nach der damaligen Ansicht auch der Klägerin damit erst zum **Ergebnis** hatten, daß auf diesem Wege die Buchführung für 1984 abgeschlossen werden konnte.

Die von der Klägerin dargelegten Umstände (insgesamt 25 Buchungsläufe für das Geschäftsjahr 1984, unvollständige Unterlagen) mögen für die Bestimmung des Gebührensatzes nach §§ 33 Abs. 1, II StBGebVO für die in 1984 erbrachte Buchführungstätigkeit der Klägerin von Bedeutung sein (siehe auch Eckert/Böttcher, § 33 StBGebVO, Rdn. 2). Über die Vergütung für diese Tätigkeit ist jedoch bereits im Verfahren 3 O 152/85 Landgericht Krefeld rechtskräftig entschieden worden.

Ein Anspruch der Klägerin aus **§ 33 Abs. 7 StBGebVO** besteht nicht, da eine Hilfeleistung bei sonstiger Tätigkeit im Zusammenhang mit der Buchführung nicht gegeben ist. Die Vornahme der Umbuchungen, der vorbereitenden Abschlußbuchungen und der Abschlußbuchungen durch den Steuerberater rechnet bei der Erstellung des Abschlusses durch den mit der Buchführung beauftragten Steuerberater zu den Leistungen, die mit den Gebühren nach § 33 Abs. 1, 3 und 4 abgegolten sind. Führt diese Buchungen dagegen ein den Abschluß erstellender Steuerberater aus, der nicht mit der Erledigung der Buchführungsarbeiten beauftragt ist, so wird für ihn § 33 Abs. 7 StBGebVO Anwendung finden können (Eckert/Böttcher, § 33 StBGebVO, Rdn. 5). Diese Voraussetzungen liegen jedoch bei der Klägerin unstreitig nicht vor.

Anmerkung:

Das OLG Düsseldorf hat bereits im Urт. v. 30. 4. 1986 18 U 15/86 – GI 1986, 96 darauf hingewiesen, daß den Steuerberater die Darlegungs- und Beweislast trifft, wenn er bei Rahmengebühren die Mittelgebühr überschreiten will. § 11 StBGebVO nennt beispielhafte Umstände, die bei der Gebührenbemessung im Einzelfall zu berücksichtigen sind: Bedeutung der Angelegenheit, des Umfangs und der Schwierigkeit der beruflichen Tätigkeit nach billigem Ermessen. (ebenso: OLG Düsseldorf Urт. v. 3. 7. 1986 – 18 U 61/86 – GI 1986, 100, Leitsatz).

Haftung des Notars

(OLG Bremen Urt. v. 10.11.1987 – 1 U 56/87)

Leitsatz (d. Verf.):

Der Notar hat bei der Beurkundung eines Kaufvertrages in der Urkunde für eine Klarstellung der bestehenden Sozialbindung zu sorgen, wenn für ihn erkennbar ist, daß der Verkäufer eine der Sozialbindung unterliegende Wohnung verkaufen will.

Aus den Gründen:

Der Beklagte hat dem Kläger gemäß §§19 BNotO, 249 BGB Schadenersatz in Höhe von 5.736,53 DM zu leisten – insoweit war er antragsgemäß zur Zahlung zu verurteilen – und ihm darüber hinaus auch allen weiteren Schaden zu ersetzen, der dem Kläger dadurch entstanden ist, daß der Beklagte ihn bei der Beurkundung des Kaufvertrages mit dem Käufer Sch. v. 11.10.1978 und 10.1.1980 **nicht auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, in den Kaufvertrag einen Hinweis darauf aufzunehmen, daß es sich bei der zu verkaufenden Wohnung um sozialgebundenen Wohnraum** handelte. Zu diesem Hinweis war der Beklagte dem Kläger gegenüber gemäß §17 BeurkG bei der Beurkundung von dessen Kauf-Annahmeerklärung am 10.1.1980 unabhängig davon verpflichtet, ob er bei der Beurkundung der Angebotserklärung des Käufers Sch. am 11.10.1978 bereits Kenntnis von der Sozialbindung der Wohnung hatte.

Wie aufgrund der Berufungsverhandlung unstreitig ist, wußte der Beklagte bei der Beurkundung der Annahmeerklärung des Klägers, **daß es sich bei der den Gegenstand des Kaufvertrages bildenden Wohnung um eine der Sozialbindung nach dem Wohnungsbindungsgesetz unterliegenden Sozialwohnung handelte**; aus diesem Grund übersandte er auch am 7.2.1980 eine Kopie des Kaufvertrages an das Amt für Wohnung und Siedlung. Da der Kläger mithin für den Beklagten erkennbar eine der Sozialbindung unterliegende Wohnung verkaufen wollte, hätte der Beklagte ihn gemäß §17 BeurkG darüber belehren müssen, daß das Vertragsangebot des Kaufinteressenten Sch. demgegenüber die Sozialbindung der Wohnung nicht auswies und daß deshalb zur Vermeidung von Gewährleistungsansprüchen des Käufers aus Anlaß der Sozialbindung (vgl. zu denselben BGH NJW 1976, 1888 sowie Derleder, JZ 1984, 449) ein ausdrücklicher Hinweis auf dieselbe im Kaufvertrag geboten war. Ohne diesen Hinweis entsprach der Vertragsinhalt ersichtlich nicht der Vorstellung des Klägers über dessen rechtliche Tragweite.

Die Notwendigkeit einer zusätzlichen Klarstellung der bestehenden Sozialbindung der Wohnung im Kaufvertrag entfiel nicht durch die abstrakte Belehrung unter 6el des Vertragsangebotes v. 11.10.1978., Denn diese ließ gerade offen, ob die verkaufte Wohnung der Sozialbindung unterlag, und belehrte nur über die rechtlichen Folgen beim etwaigen Vorliegen einer solchen Bindung, was zum Ausschluß der Gewährleistungshaftung des Klägers für die Belastung der Wohnung mit der Sozialbindung nicht ausreichte.

Auch beruft sich der Beklagte zu Unrecht darauf, er habe davon ausgehen dürfen, der Kläger werde den Käufer vor Vertragsschluß persönlich über das Bestehen der Sozialbindung der Wohnung unterrichten, was unstreitig auch geschehen ist. Die Einigkeit der Kaufvertragsparteien darüber, daß die Wohnung unter Inkaufnahme der Sozialbindung zu liefern war, war ein wesentlicher Bestandteil des zu beurkundenden Vertrages und hätte deshalb mitbeurkundet werden müssen. Der Kläger war nicht schon dadurch hinreichend geschützt, daß seine Gewährleistungshaftung wegen der Sozialbindung der Wohnung entfiel, wenn der Käufer bei Vertragsschluß Kenntnis von dieser Bindung hatte (vgl. § 439 Abs. 1 BGB). Denn diese Kenntnis konnte der Kläger gegenüber dem gegen ihn sprechenden Vertragswortlaut nicht beweisen, wie das Ergebnis des vom Kläger gegen den Käufer Sch. vor dem Landgericht Bremen geführten Rechtsstreits 4 O 1801/83 gezeigt hat.

Die verletzte Hinweispflicht oblag dem Beklagten gemäß § 17 BeurkG gegenüber dem Kläger als Amtspflicht im Sinne von § 19 BNotO. Anders als bei der Beurkundung des Vertragsangebotes des Kaufinteressenten Sch. war der Kläger bei der Beurkundung seiner Vertragsannahmeerklärung formell Beteiligter im Sinne der §§ 17, 6 Abs. 2 BeurkG, so daß die Belehrungspflicht des Beklagten gerade zu seinem Schutz bestand.

Infolge der Verletzung dieser Amtspflicht ist dem Kläger insofern ein **Schaden** entstanden, als er aufgrund des rechtskräftigen Urteils des Landgerichts Bremen v. 22. 3. 1984 – Az. 4 O 1801/83 – dem Käufer Sch. teils im Verrechnungswege, teils im Wege der Zahlung bereits Schadenersatz in Höhe von 3.158,35 DM leisten mußte und darüber hinaus noch weiteren Schadenersatz in Höhe derjenigen Ausgleichszahlungen leisten muß, die das Amt für Wohnung und Städtebauförderung dem Käufer infolge der Sozialbindung der Wohnung mit Bezug auf den Zeitraum vom 1. 9. 1983 bis zum 28. 2. 1985 für die Freistellung von den Belegungsbindungen des § 6 Abs. 1 WoBindG auferlegt. Hätte der Beklagte den Kläger pflichtgemäß darauf hingewiesen, daß die Ausweisung der Sozialbindung der

Wohnung im Vertrag geboten war, wäre dem Kläger dieser Schaden nicht entstanden. Es ist vielmehr anzunehmen, daß er einen solchen Rat befolgt oder aber mindestens außerhalb des Kaufvertrages vor Abschluß desselben für eine schriftliche Fixierung der Kenntnis des Käufers von der Sozialbindung der Wohnung gesorgt hätte. Daß der Käufer Sch. dann nicht mehr bereit gewesen wäre, den vollen Kaufpreis zu zahlen, ist auszuschließen, daß er – wie zwischen den Parteien unstreitig ist – tatsächlich vom Kläger über die Sozialbindung der Wohnung bereits vor Abschluß des Vertrages unterrichtet worden war und dies erst später wahrheitswidrig bestritten hat.

Dem Kläger ist auch nicht etwa ein **Mitverschulden** vorzuwerfen. Er brauchte als juristischer Laie nicht zu erkennen, daß der Notarhinweis des Beklagten unter § 6 e des Kaufvertragsangebotes auf die Rechtsfolgen einer etwaigen Sozialbindung des Wohnraumes zum Ausschluß der Rechtsmängelgewährleistung des Verkäufers nicht genügte. Dies gilt um so mehr, als der Beklagte sich unstreitig generell auf diesen unzulänglichen Hinweis in den zahlreichen bei ihm unter Beteiligung des Klägers beurkundeten Verträgen über den Verkauf sozialgebundener Eigentumswohnungen beschränkt hat, so daß dies für den Kläger um so weniger auffällig war.

Darüber hinaus ist dem Kläger jedenfalls auch in Höhe des geltend gemachten Differenzbetrages von 2.578,18 DM ein ersatzpflichtiger Schaden entstanden. Denn er hat ausweislich der Anlage 7 K zur Klage (Bl. 46) und der beigezogenen Akten 4 01801/83 des Landgerichts Bremen (vgl. dort insbesondere Bl. 167 f) durch den Rechtsstreit gegen Herrn Sch. Prozeßkostennachteile in der auf Seite 5 der Klage angegebenen Höhe (1.616,29 DM; 777,48 DM und 884,41 DM) erlitten, die er ohne die Amtspflichtverletzung des Beklagten nicht gehabt hätte.

Soweit es sich um den über den bezifferten Zahlungsanspruch hinausgehenden Schaden handelt, bestehen auch keine Bedenken gegen die Zulässigkeit der gleichfalls begründeten Feststellungsklage (vgl. § 256 ZPO). Denn der Kläger vermag diesen Teil des Schadens sogar jetzt noch nicht zu beziffern, weil der Käufer Sch. wegen etwaiger Ausgleichszahlungen ab 1. 9. 1983 unstreitig noch nicht wieder an den Kläger herangetreten ist.

Anderweitige Ersatzmöglichkeiten besitzt der Kläger unstreitig nicht (vgl. §§ 19 Abs. 1 Satz 3 BNotO, 839 Abs. 1 Satz 2 BGB).

Dem Kläger waren ab Rechtshängigkeit lediglich 4% Zinsen zuzusprechen (§§ 291, 288 BGB), weil er die Voraussetzungen für den beanspruchten höheren Zinssatz, insbesondere einen weitergehenden Zinsschaden, nicht dargetan hat.

Haftung des Rechtsanwalts

- Umfang der Beratungspflichten
 - Belehrungsbedürftigkeit des Mandanten
- (OLG Oldenburg Urt.v. 27.4.1987 – 3 U 119/86)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Auftrag, die Kündigung des als selbständiger Handelsvertreter tätigen Mandanten abzuwehren, verpflichtet nicht zugleich, einen Ausgleichsanspruch gemäß § 89 b HGB zu erheben.
2. Der Mandant, der ein Makler- und Versicherungsbüro betreibt und als Geschäftsführer einer Versicherungsgesellschaft tätig war, ist weder über einen evtl. Ausgleichsanspruch nach §§ 89 b HGB noch über die dafür geltende Ausschußfrist belehrungsbedürftig.

Aus den Gründen:

Maßgebend für den Umfang der Beratungspflicht des Anwalts ist der Inhalt des ihm erteilten Auftrags (vgl. Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars, 2. Aufl., Rn. I 27, Borgmann/Haug, Anwaltshaftung, 2. Aufl., S. 64 ff, 84 ff). Der in erster Instanz auf Antrag des Klägers vernommene Beklagte hat dazu bekundet, sein Auftrag habe gelautet, die Wirksamkeit der Kündigung zu überprüfen und gegebenenfalls die Unwirksamkeit geltend zu machen. Der so umrissene Auftrag erstreckte sich nicht zugleich darauf, einen Ausgleichsanspruch nach § 89 b HGB zu erheben. Die Erteilung eines weitergehenden Auftrags innerhalb der dreimonatigen Ausschußfrist für einen solchen Anspruch nach § 89 b Abs. 4 Satz 2 HGB somit bis zum 30. 9. 1984, hat der Kläger nicht bewiesen (vgl. zur Beweislast Borgmann/Haug, aaO, S. 242 ff). Insoweit wird auf die zutreffenden Ausführungen des angefochtenen Urteils Bezug genommen. Zu der beantragten erneuten Vernehmung des Beklagten als Partei gemäß §§ 398, 451, 523 ZPO bestand kein Anlaß. Daß der Beklagte bei erneuter Vernehmung anders aussagen werde als bisher, ist nicht dargelegt.

Auf außerhalb des eng begrenzten Auftrags liegende, aber daran anknüpfende (übergreifende) Gesichtspunkte, hier auf die Folgen einer wirksamen Kündigung und die sich darauf ergebenden Ansprüche, hatte der Beklagte hinzuweisen, wenn Anhaltspunkte vorlagen, oder er jedenfalls damit rechnen mußte, daß derartige Auswirkungen möglicherweise übersehen wurden (vgl. dazu Borgmann/Haug, aaO, S. 102 ff). Daß der Beklagte entsprechende erkennbare Anhaltspunkte übergangen hätte,

ist nicht dargetan. Zudem wußte der Beklagte, daß dem Kläger das Bestehen möglicher Ausgleichsansprüche infolge der Erörterungen mit der A. Versicherung nach dem Tode seines Vaters bekannt waren. Darüberhinaus durfte der Beklagte davon ausgehen, daß der Kläger, der ein Makler- und Versicherungsbüro betrieb und auch als Geschäftsführer einer Versicherungsgesellschaft tätig war, nicht nur Kenntnis von dem Ausgleichsanspruch sondern auch von der dafür geltenden Ausschlußfrist hatte (vgl. zur Belehrungsbedürftigkeit Borgmann/Haug aaO, S. 105 ff.). Der unterbliebene Hinweis auf den Ausgleichsanspruch eines Versicherungsvertreters nach §§ 89b, 92 HGB und die dafür geltende Frist ist deshalb zumindest nicht vorwerfbar.

Haftung des Steuerberaters

– Wertverlust einer Eigentumswohnung

(LG Detmold Ur. v. 25. 2. 1988 – 3 O 215/87)

Leitsatz:

Der Steuerberater hat über die Vor- und Nachteile sowie Risiken der Beteiligung an einem Bauherrenmodell in steuerlicher Hinsicht aufzuklären. Eine Beratung über sonstige wirtschaftliche Risiken kann nicht erwartet werden.

Aus den Gründen:

Soweit der Kläger schließlich – nach dem in der mündlichen Verhandlung vom 3. 12. 1987 gegebenen Hinweis, den Eintritt eines Schadens konkret darzulegen – seinen Schaden damit begründet, daß er bei richtiger Beratung und Belehrung durch den Beklagten von dem Erwerb des Objektes Berlin Abstand genommen haben würde und damit einen eingetretenen Vermögensverlust von rund 50.000,- DM vermieden hätte, ist auch dieses Vorbringen nicht geeignet, einen von dem Beklagten zu ersetzenden Schaden zu begründen. Aus der Schadensberechnung des Klägers ergibt sich, **daß sich bei ihm bezüglich des Berliner Objektes das in jeder Immobilienanlage immanente wirtschaftliche Risiko des Eintritts eines Wertverlustes mit dem Verkauf des Objektes realisiert hat.** Dafür hat aber nicht der Beklagte einzustehen. Dieses Ergebnis ist keine adäquate Folge einer möglicherweise unzutreffenden Beratung des Beklagten über

zu erzielende Steuerersparnisse bzw. steuerlich zu berücksichtigende Verlustzuweisungen. Der Beklagte hatte nach dem Inhalt des zwischen ihm und dem Kläger bestehenden Beratungsvertrages die Pflicht, den Kläger über die Vor- und Nachteile sowie die Risiken der Beteiligung in steuerlicher Hinsicht aufzuklären. **Eine Beratung über sonstige wirtschaftliche Risiken des Erwerbes des Berliner Objektes – Wertbeständigkeit, Wertverlust im Falle der Veräußerung** – hat der Kläger auch nach seinem eigenen Vorbringen von dem Beklagten weder gefordert noch erwartet. Der Erwerb des Objektes in Berlin geschah dementsprechend auch, wie sich aus dem Vorbringen des Klägers, unter anderem aus dem Schreiben seiner Bevollmächtigten vom 9.6.1987, ergibt, unter dem Gesichtspunkt der Steuerersparnis. Der eingetretene Verlust des Klägers durch die Veräußerung des Objektes ist demgemäß keine adäquate Folge einer möglichen fehlerhaften Beratung durch den Beklagten.

GI Hinweise

In einer prägnant gefaßten STEUER-TELEX-Sonderinformation erläutert Regierungsdirektor Heinz Richter den neugefaßten Wortlaut von Abschnitt 23 der Einkommensteuerrichtlinien zur einkommensteuerlichen Behandlung von Rechtsverhältnissen zwischen Familienangehörigen (Deubner-Verlag, Köln, 49 S., DM 35,80). Er stellt anhand von Beispielen steuerschädliche und unschädliche Gestaltungen dar.

Folgende Themen werden u.a. angesprochen: angemessene Gehaltshöhe, Gehaltsüberweisungsarten, Darlehensgewährung, vermögenswirksame Leistungen, Folgen des nicht anerkannten Arbeitsverhältnisses, Mitarbeit von Kindern, Gesellschaftsverträge pp. Die Darstellung von Richter ist ein guter Ratgeber für den Steuerberater und hilft, fehlerhafte Gestaltungen zu vermeiden.

Wenn Sie sich mit dem Gedanken einer Zusammenarbeit mit Berufskollegen befassen, so erhalten Sie durch die Arbeitsmappe von Wissmann/Ossola-Haring, „Der Steuerberater in Bürogemeinschaft und Sozietät“ einen Überblick über verschiedene Möglichkeiten und die Grenzen einer Zusammenarbeit (Information Verlags GmbH & Co. KG, Freiburg 54 S., 1987, DM 75,-).

Die Autoren unterbreiten in erläuterten Musterverträgen Vorschläge für eine Zusammenarbeit in Bürogemeinschaft oder in Sozietät.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1–5, 1988)

Abtretung			
– des Steuererstattungsanspruchs	88, 50	Klageauftrag	
– = geschäftsmäßige – § 46, 4 AO	88, 50	– vorsorgliche Klage	88, 18 (LS)
Allgemeine Geschäftsbedingungen		Konkurrenzverbot	
– Verjährungsfrist		– des angestellten RA	88, 2
– = bei Treuhandvertrag, 1 Jahr	88, 3	Konkursverwalter, Haftung des –	
Anlageberatung		– Regreßanspruch des Kommanditisten	88, 54 (LS)
– Prüfung des Grundstückswerts	88, 76 (LS)	– Steuerhaftung	88, 54 (LS)
– wirtschaftliche Risiken	88, 76 (LS)	Kostenerstattung im Regreßprozeß	
	88, 90	– Privatgutachten	88, 76 (LS)
– Prognosen	88, 79	Kündigung des Mandats	
Anwaltsvertrag		– Rückgabe v. Mandantenunterlagen	88, 18 (LS)
– Ende des –	88, 61	Literatur- und Rechtsprechungshinweise	
Bauherrenmodell		– Dritthaftung	88, 11
– Aufgabengebiet des Treuhänders	88, 55	– Rechtsberatung d. StB/WP	88, 24
– objektbezogener StB		– Schätzungsschaden	88, 33
– = Abgrenzung zum persönlichen StB	88, 3	– Treuhänderhaftung	88, 44
Belehrungspflicht d. StB/Wp/RA		– Vertrag mit Mehrfachberufler	88, 55
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit		Mandantenunterlagen	
– = über Ausgleichsanspruch, § 89 b HGB	88, 89	– Rückgabe	88, 18 (LS)
Berichtigung, § 173 I, 2 AO		Mehrfachberufler	
– grobes Verschulden		– Anwendbarkeit von Verjährungsvorschriften	
– = des Mandanten	88, 26	(§§ 51 BRAO, 68 StBerG, 51 a WPO)	88, 55
– Zurechnung des Berater-Verschuldens	88, 26	Mitverschulden	
Beschlagnahmeverbot § 97 StPO		– Prüfung d. vom StB erstellen	
– Buchhaltungsunterlagen	88, 63	– Steuererklärung	88, 26
– Jahresabschluß	88, 63	Notar	
Dritthaftung		– Belehrungspflichten	
– stillschweigender Auskunftsvertrag	88, 9	– = über Sozialbindung	88, 86
– Steuerberatungsvertrag mit OHG	88, 79	– Verjährungsbeginn d. Amtshaftungs-	
– Vertrag mit Schutzwirkung		– anspruch	88, 18 (LS)
– zugunsten Dritter	88, 54 (LS)	Provisionsgeschäfte	
– = Bilanz- und Kreditgeber	88, 76 (LS)	– Herausgabepflicht der Provision	88, 60
– = Bilanz- und Konkursgläubiger		– Verjährung des Herausgabeanpruchs	88, 60
Gewinnausschüttung		Rechtsanwalt	
– mit Mittelabfluß	88, 18 (LS)	– Beratungspflichten	
Haftungsbeschränkung		– = Kündigungsmandat und Ausgleichs-	
– auf grobe Fahrlässigkeit	88, 46	– anspruch, § 89 b HGB	88, 89
– im Treuhandvertrag	88, 46	– Dritthaftung	88, 9
– Verjährungsfrist in AGB	88, 3	– Konkurrenzverbot	88, 2
Herausgabepflicht des StB's		Rechtsberatung/Rechtsbesorgung	
– Abholung/Übersendung	88, 2	– Sanierungsverhandlungen	88, 19
– Mandantenunterlagen	88, 2	– durch Wp	88, 19
Honoraranspruch des StB's		Schaden	
– Abschlußvorarbeiten, § 35 Abs. 3 StBGebVO	88, 83	– Anwaltskosten zur Schadenabwendung	88, 32
– Anrechnung ersparter Kosten	88, 29	– Zuschätzung, s. Schätzung, Schaden	
– bei Annahmeverzug d. Mand. § 615 BGB		Schätzung, § 162 AO	
– = Umsatzsteuer	88, 29	– Schaden	
– Buchführungsmandat	88, 83	– = Darlegungs- und Beweislast	88, 31
– sonstige Tätigkeit, § 33 Abs. 7 StBGebVO	88, 85		
Kausalität			
– Fehler des Gerichts/Fehler des RA	88, 36 (LS)		

Steuerberater			
– Konkurs des –	88, 2	Unerlaubte Handlung	
Steuerberatungsgesetz		– vorsätzliche, sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB	
– § 46 Abs. 3 Nr. 2		= prognostische Anlageberatung	88, 81
= Konkurs des StB's	88, 2	Verjährung, § 51 BRAO	
Steuerberatungsvertrag		– unzulässige Rechtsausübung	88, 37, 61
– Dauermandat und Beratungspflichten	88, 54 (LS)	– Sekundäranspruch, Frist	88, 37
– mit OHG	88, 54 (LS)	– Verjährungsbeginn	
– objektbezogene und persönliche Steuerberatung	88, 3	= Schadenentstehung und Mandatsende	88, 37, 61
Testamentsvollstrecker		Verjährung, § 68 StBerG (§ 51 a WPO)	
– Anlage von Nachlaßvermögen	88, 36 (LS)	– bei Vertrag mit Mehrfachberufler	88, 55
Treuhänder		Verjährung, § 839 BGB – anderweitige Ersatzmöglichkeit	88, 18 (LS)
– Abweichung von Prospektaussage	88, 41	Versicherungsschutz	
– Belehrung über steuerliche Risiken		– Treuhandtätigkeit	88, 66
= einheitliche und gesonderte Gewinn- feststellung wird abgelehnt	88, 3	Vorteilsausgleich	
– Bonitätsgarantie statt Bankbürgschaft	88, 41	– wegen eingetretenen Steuervorteils	88, 77
– Haftungsbeschränkung auf grobe Fahrlässigkeit	88, 46	Wettbewerb/Mandantenschutz	
– Kostendeckungslücke, Hinweispflicht	88, 46	– des angestellten RA	88, 11
– Pflichten des – im Bauherrenmodell	88, 55	Wirtschaftsprüfer	
– Verjährung des Regreßanspruchs	88, 55	– Berufsbild	88, 22
– Versicherungsschutz	88, 66	= Sanierungsverhandlungen	88, 22
		= Treuhandtätigkeit	88, 55
		– Rechtsberatung	88, 22

BGH v. 3. 12. 1986 – IVa ZR 90/85	87, 36	OLG Hamm v. 16. 9. 1987 – 27 W 38/87	88, 54 (LS)
= ZIP 1987, 922	(LS)		
BGH v. 18. 2. 1987 – IVa ZR 232/85	88, 76	OLG Köln v. 16. 10. 1987 – 20 U 24/87	88, 3
= VersR 1988, 178 = GmbHR 1987, 463	(LS)	OLG Köln v. 16. 10. 1987 – 11 U 180/87	88, 2
= EWiR § 64 GmbHG 2/87 (Welf Müller)		OLG Köln v. 6. 11. 1987 – 6 U 205/86	88, 41
BGH v. 1. 10. 1987 – IX ZR 202/86	88, 37	OLG München v. 30. 1. 1987 – 21 U 3798/86	88, 66
BGH v. 7. 10. 1987 – IVa ZR 67/87	88, 54	OLG München v. 14. 1. 1988 – 19 U 4495/85	88, 60
= StB 1988, 16 = WM 1987, 1557	(LS)	OLG Oldenburg v. 27. 4. 1987 – 3 U 119/86	88, 89
BGH v. 4. 11. 1987 – IVa ZR 158/86	88, 19	OLG Stuttgart v. 27. 5. 1987 – 8 W 134/87	88, 76
= WM 88, 26 = ZIP 88, 40		= StB 1988, 20	(LS)
= EWiR Art. 1 § 5 RBerG 1/88, 185 (Chemnitz)		LG Darmstadt v. 9. 9. 1987 – 8 O 207/87	88, 9
BGH v. 5. 11. 1987 – IX ZR 86/86	87, 36	LG Detmold v. 4. 12. 1987 – 1 O 287/87	88, 54 (LS)
= EWiR § 19 BNotO 1/88, 155 (Reithmann)	(LS)	LG Detmold v. 25. 2. 1988 – 3 O 215/87	88, 90
= EWiR § 675 BGB 3/88, 349 (Borgmann)		LG Düsseldorf v. 22. 10. 1987 – 14 O 119/87	88, 31
= WM 88, 342		LG Düsseldorf v. 21. 12. 1987 – 1 O 132/87	88, 76 (LS)
BGH v. 19. 11. 1987 – VII ZR 39/87	88, 55	= STEUER-TELEX 1016	
BGH v. 25. 11. 1987 – IVa ZR 162/86	88, 54	LG Heidelberg v. 13. 11. 1987 – 5 O 60/86	88, 46
= StB 1988, 166	(LS)	LG Stuttgart v. 14. 9. 1987 – 10 Qs 53/87	88, 63
BGH v. 26. 11. 1987 – IX ZR 162/86	88, 18 (LS)	= wistra 1988, 40	
BGH v. 9. 12. 1987 – IVa ZR 204/86	88, 77	BFH v. 24. 3. 1987 – X R 9/80	88, 26
= WM 1988, 220		BFH v. 17. 9. 1987 – VII R 168/84	88, 15
OLG Bremen v. 10. 11. 1987 – 1 U 56/87	88, 86	= BFH NV 1988, 9	
OLG Celle v. 13. 6. 1986 – 44 StL 24/85	88, 18 (LS)	BFH v. 17. 11. 1987 – VII R 120/86	88, 2
OLG Düsseldorf, 13. 6. 1985 – 8 U 212/84	88, 2	= Steuer-Telex 132	
= RBeistand 1987, 42		= LEXinform 0081033	
OLG Düsseldorf v. 26. 11. 1987 – 18 U 97/87	88, 29	FG Baden-Württemberg v. 4. 11. 1987 –	
OLG Düsseldorf v. 10. 3. 1988 – 18 U 174/87	88, 83	V K 433/83	88, 18 (LS)
OLG Frankfurt v. 5. 11. 1987 – 13 U 186/85	88, 54 (LS)		
= NJW/RR 1988, 124			
OLG Hamm v. 25. 2. 1987 – 28 W 4/87	88, 61		

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.